



Suchergebnisse: Fräulein vom Amt

1889 – Almon B. Strowger meldet den Hebdrehwähler zum Patent an

Cansas City * Almon B. Strowger meldet einen sogenannten Hebdrehwähler zum Patent an. Den Anstoß zur Entwicklung eines automatisierten Vermittlungssystems gab eine Telefonistin. Nach einer gerne erzählten Anekdote ärgerte sich der Bestattungsunternehmer Almon B. Strowger aus Cansas City über ein ihm missgesonnenes Fräulein vom Amt. Die Bedienstete in der Telefonvermittlung vermittelte potenzielle Kunden grundsätzlich an Konkurrenzunternehmen des Herrn Strowger. Kein Wunder, dass der Bestattungsunternehmer alles daran setzte, einen Vermittlungsapparat zu entwickeln, der ihn von menschlichen Einwirkungen unabhängig und die ungeliebte Telefonistin überflüssig machen würde.

1890 – Das Briefgeheimnis scheint bei den Damen nicht sicher

München * Auch wenn der Arbeitsplatz der Telephonistin früher als typischer Beruf für Mädchen aus gutem Hause gilt, so ist der Dienst am Klappenschrank ursprünglich eine männliche Domäne. Denn weder die Königlich-bayerische Post, noch die Reichspost wollen etwas von Frauen in ihren Reihen wissen. So erklärt der spätere Reichspostminister Heinrich von Stephan, dass „keine Anstalten weniger als die Reichs-Verkehrsanstalten dazu geeignet sind, Frauen in Beschäftigung zu setzen“. Das Briefgeheimnis scheint bei den Damen nicht sicher und für gehobene Stellungen gelten Frauen sowieso als ungeeignet.

1893 – Bis dahin ist das Fräulein vom Amt ist ein Mann

Deutsches Reich * Bis dahin ist das Fräulein vom Amt ist ein Mann. Erst ab jetzt wird verstärkt weibliches Personal für den Fernsprechkdienst eingestellt. Aufgrund der steigenden Nachfrage bei den Telefonanschlüssen ist die Einstellung von Frauen ein betriebswirtschaftlicher Faktor, da die Lohnkosten der weiblichen Vermittlungskräfte um über 25 Prozent unter denen ihrer männlichen Kollegen liegen.

1894 – Es kommt zur massenhaften Einstellung von Frauen bei der Post

Deutsches Reich * Es kommt zur massenhaften Einstellung von Frauen bei der Post. Um eine



klare Abgrenzung der Aufgabenbereiche zu schaffen, wird der Telegraphendienst in seiner Gesamtheit von den männlichen Beschäftigten übernommen. Damit kann der Fernsprechkreis ausschließlich mit weiblichem Personal aufgebaut werden. Die Frauen werden also für ein Arbeitsgebiet eingestellt, das dem direkten Vergleich mit der Arbeit der Männer entzogen ist. Damit schließen die Männer eine Konkurrenz ihrer Berufszweige gegenüber den Frauen aus. Sofort kommt es zur Aufspaltung des behördlichen Arbeitsmarktes in einen weiblichen - bis zum Jahr 1922 sogar laufbahnlosen [!] - Beschäftigungszweig und in männliche Berufsfelder mit vielfältigen Aufstiegsmöglichkeiten.

1897 – Das um 25 Prozent in den Lohnkosten billigere Fräulein vom Amt

Deutsches Reich * Die Zahl der Beschäftigten im Telephondienst nimmt zwischen 1897 und 1907 um fast das Vierfache zu. Da ist die Kostenersparnis durch das um 25 Prozent in den Lohnkosten billigere „Fräulein vom Amt“ schon von erheblicher Bedeutung.

21. Mai 1900 – Eine Versuchsvermittlungsstelle für 400 Teilnehmer in Hildesheim

Hildesheim * Mit der Technik der Strowger Automatic Telephone Exchange Company kann die Reichstelephonverwaltung eine Versuchsvermittlungsstelle in Hildesheim für 400 Teilnehmer in Betrieb nehmen. Diese ist jedoch noch ohne Verbindung zum öffentlichen Netz.

1905 – Wegen Überlastung schmoren die Sicherungen durch

Berlin - Karlsruhe * Ein Firmenkonsortium unter der Leitung der Firma L. Loewe & Co erhält den Auftrag über eine Ortsvermittlungsstelle für Wählbetrieb. Der Fabrikationsauftrag für die Herstellung der Strowger-Wähler und damit die Lizenz wird den zum Loewe-Konzern gehörenden Deutsche Waffen- und Munitionsfabriken Berlin - Karlsruhe übertragen. Diese verfügen über entsprechend ausgebildetes Personal und über moderne feinmechanische Werkstätten. Die Erfahrung im Umgang mit elektrischen Schaltungen steuern Mitarbeiter der Firma Siemens & Halske bei. Da alle angeschlossenen Teilnehmer sofort nach Inbetriebnahme der neuen Vermittlungsstelle ihren eigenen Fernsprech-Selbstwählanschluss ausprobieren wollen, schmoren in der Folge von Überlastung und Blockade der Wähler in den ersten Betriebsstunden ständig die Sicherungen durch. Empörte Teilnehmer stürmen daraufhin das Dienstgebäude. Erst als diese wieder besänftigt waren, gelingt es dem Wartungspersonal die Schwachstellen des Systems abzustellen. Seither arbeitet die Anlage störungsfrei.



1909 – Das erste vollautomatische Großstadtwahlamt Europas in Schwabing

München-Schwabing * Das in Schwabing befindliche erste vollautomatische Großstadtwahlamt Europas macht eine Vielzahl von Vermittlungskräften überflüssig. Die Eröffnung des Selbstwahlamtes führt zu Protesten. In einem Gutachten äußert ein Münchner Arzt, „dass durch das Wählen die Fernsprechteilnehmer eine Schädigung ihres Nervensystems erfahren würden“. Die Aufregung legt sich erst, nachdem die Telefonabonnenten die Vorteile des Selbstwählens erkannt haben.

1910 – Dienst und Ehe schließen sich für die Vermittlungskräfte aus

München - Berlin * Dienst und Ehe schließen sich für die Vermittlungskräfte aus. In einem Weisungsbuch heißt es: „Das weibliche Postpersonal bedarf zur Eingehung einer Ehe der Erlaubnis der zuständigen Dienstbehörde. Da sich aber aus der Verwendung von verheirateten Beamtinnen [...] Schwierigkeiten verschiedener Art ergeben können, kann dem unterstellten weiblichen Personal [...] die Erlaubnis zur Eingehung einer Ehe nicht erteilt werden“.

1920 – Telefonleitungen sind teuer und die Nachfrage steigt überdimensional an

München * Da die Telefonleitungen teuer sind und die Nachfrage überdimensional ansteigt, wird auf die Frauen an der Telefonvermittlung ein entsprechender Leistungsdruck ausgeübt. Dreihundert Gespräche pro Stunde werden zum Durchschnitt erklärt.

Dezember 1920 – Die Einstellungsvorschriften für Telefonistinnen werden geändert

Berlin * Die Einstellungsvorschriften für Frauen im „Fernsprechdienst“ bezogen auf die Körpergröße wird geändert. Seither können Bewerberinnen noch als geeignet angesehen werden, „wenn ihre Sitzhöhe, d.i. die Entfernung vom Scheitel der sitzenden Person bis zur Stuhlfläche, 81 Zentimeter und ihre Armspannweite, das ist das Maß zwischen den Spitzen der Mittelfinger bei ausgestreckten Armen, 152 Zentimeter betragen. Ein Weniger an Sitzhöhe kann durch ein Mehr an Armspannweite oder umgekehrt ausgeglichen werden, beide zusammen müssen aber mindestens 233 Zentimeter ausmachen“.

1923 – Mit der Personalabbauverordnung wird das Zölibat wieder eingeführt



Berlin * Mit der Personalabbauverordnung wird das Zölibat für Beamtinnen wieder eingeführt. Dort heißt es: „Das Dienstverhältnis verheirateter weiblicher Beamter und Lehrer [...] kann jederzeit gekündigt werden. [...] Dies gilt auch bei lebenslänglicher Anstellung“. Gleichzeitig wird eine Heiratsprämie, eine Abfindungssumme im Falle der Eheschließung, eingeführt. Die Beamtinnen verlieren nicht nur ihre Arbeit, sondern auch jeglichen Anspruch auf Pension.

1925 – „Hier Amt, was beliebt?“

Berlin * Allein zwischen den Jahren 1925 und 1930 erhöht sich die Zahl der vermittelten Gespräche pro Telefonistin um rund 25 Prozent. Das geschieht einerseits durch verbesserte Geräte und andererseits durch eine effektivere Bedienung der Arbeitsmittel. Sprechausbildung und Vorschriften über militärisch knappe Redewendungen wie „Hier Amt, was beliebt?“ oder noch kürzer „Bitte melden“ tun ein Übriges. Die Beamtinnen dürfen sich nicht ohne Erlaubnis der Aufsichten von ihrem Arbeitsplatz entfernen. Jeder Fehler wird in das „Strafregister“ der Personalakte aufgenommen. Das Aufsichtspersonal steht hinter den Frauen. Zuerst sind es ausschließlich Männer, später auch ältere befähigte Gehilfinnen. Vom Aufsichtstisch aus kann die Platzkraft ständig kontrolliert und mit einer Mithöreinrichtung überprüft werden, wie schnell die Teilnehmer bedient und ob die Formen der streng reglementierten Gespräche eingehalten werden. Ein Zählschrank registriert jede ausgeführte Verbindung und gestattet so die regelmäßige Überprüfung der Arbeitsintensität jeder einzelnen Kraft.

1930 – Ein Dienstkleid aus blauem Baumwollstoff

Berlin * Die weiblichen Telefon-Vermittlungskräfte müssen ein Dienstkleid aus blauem Baumwollstoff tragen, das nach der Vorschrift mindestens zwanzig Zentimeter unter das Knie zu reichen hat.
